Einzelnummer 15 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 7 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus. Bei Abholung 2.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Freitag, den 9. Januar 1920 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 80 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme normitags 9 Uhr. – | 4. Jahrgang

Beamtenfragen.

Von Gustav Heller, Mitglied d. Pr. L.

In dem früheren Dreiklassenparlament war es immer die kleine sozialdemokratische Fraktion, die mit Entschiedenheit die Interessen der Beamten vertrat. War doch der Beamte im alten Klassenstaat der unfreieste Mensch der staatlichen Gemeinschaft. Und das nicht nur während des Dienstes, sondern auch außerhalb des Berufes. Bedingungslose Unterwerfung unter die Autorität des Staates, das heißt der vorgesetzten Behörde, war im Obrigkeitsstaat das erste und letzte Gebot für den Beamten. Die meisten Beamten konnten ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern nur nach Vorschrift der Regierung ausüben. Nun ist eine neue Zeit gekommen. Sie hat

unter der Führung der Sozialdemokratie

auch den allgemeinen staatsbürgerlichen Forderungen der Beamten zum Siege verholfen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung geht daher praktisch an die Arbeit, um mit alten überlieferten Bestimmungen aufzuräumen. Sie hat unter anderem auch den Antrag gestellt, daß den Beamten das Auswärtswohnen gestattet werden soll. Der Antrag verlangt:

die Staatsregierung zu ersuchen, unter Aufhebung der Bestimmung der Kabinettsorder vom Jahre 1793, allen Beamten und Angestellten das Auswärtswohnen von ihrem Beschäftigungsort auf Ansuchen ohne den Nachweis der Notwendigkeit zu gestatten.

Stehen in Ausnahmefällen dienstliche Interessen dem entgegen, so ist vor Verlagen der Erlaubnis der Beamten- beziehungsweise Angestelltenausschuß zu hören.

Des weiteren ersucht ein sozialdemokratischer Antrag um Beseitigung der geheimen Personalakten. Er ersucht die Staatsregierung, dem Parlament

1. unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen alle geheimen Personalakten der im Staats- oder Gemeindedienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter abgeschafft werden.
2. Bei Eintragung in die Personalakten ist dem davon Betroffenen Mitteilung zu machen; die von ihm zur Sache abgegebene Erklärung ist der erfolgten Eintragung anzufügen.
3. Auf Ansuchen des Betroffenen ist vor der Einleitung von Verfahren jeder Art der Beamten-, Angestellten- beziehungsweise Arbeiterausschuß zu hören.
4. Die Personalakten sind den Beamten, Angestellten und Arbeitern jederzeit persönlich zur Einsicht vorzulegen.

Durch Annahme dieser Anträge ist die Führung aller geheimen Personalakten der im Staats- oder Gemeindedienst beschäftigten Personen aufgehoben. Die Beamten haben das Recht, Einsicht in die Personalakten zu verlangen.

In das herrschende Juristenmonopol hat die Annahme eines sozialdemokratischen Antrags Bresche geschlagen. Zunächst in der Eisenbahn-Bauverwaltung. Der Antrag ersucht die Staatsregierung:

mit tunlichster Beschleunigung dafür Sorge zu tragen, daß die höheren technischen Beamten der Bauverwaltung und der Staatseisenbahnverwaltung in ihren Anstellungs- und Beförderungsverhältnissen grundsätzlich den juristisch vorgebildeten höheren Beamten dieser beiden Verwaltungszweige gleichgestellt werden.

Damit wurde die Gleichstellung der höheren Techniker mit den Juristen auch in den anderen Verwaltungen erreicht.

Um auch den mittleren Technikern den Aufstieg zu ermöglichen, hat unsere Fraktion einen Antrag gestellt,

die Absolventen der staatlich-technischen Mittelschulen gleichzustellen mit den Abiturienten der Gymnasien in Beziehung ihrer Weiterentwicklung an den technischen Hochschulen.

Den Absolventen der technischen Mittelschulen wird nach Ablegung einer Ergänzungsprüfung in den allgemeinen Fächern das Recht eingeräumt, die technische Hochschule zu besuchen.

Im Haushaltungsausschuß traten die Sozialdemokraten dafür ein, daß das Studium der Markscheidekunde von vier Semestern auf sechs Semester zu erhöhen ist.

Zur Besserstellung einer großen Kategorie von Beamten haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag eingebracht:

die Staatsregierung zu ersuchen, bei der zu erwartenden Neuregelung der Beamtenverhältnisse den gehobenen Unterbeamten den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Die neue Zeit hat außerdem den Beamten das Koalitionsrecht gebracht. Wir wissen, daß eine große Zahl von Beamten, namentlich die unteren und mittleren, den Gedanken der Revolution mit Begeisterung aufgegriffen haben. Sie haben sich dafür eingesetzt, bei der Beamtenschaft dahin zu wirken, daß ein neuer Geist in die Verwaltungskörper einziehe. Die Beamten, die in diesem Sinne gewirkt haben, gilt es, vor Maßnahmen zu schützen. Das ist der Leitgedanke eines Gesetzentwurfs, der von der sozialdemokratischen Fraktion bei der Preußischen Landesversammlung eingebracht ist.

Im § 1 bestimmt das Gesetz die Niederschlagung aller Disziplinarverfahren und Untersuchungen wegen solcher Dienstvergehen, die vom 9. November 1918 bis zum 9. Mai 1919 im Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind.

Der § 2 fordert Erlaß aller bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes verhängten Disziplinarstrafen.

Die sogenden Paragraphen beschäftigen sich mit der Niederschlagung des Verfahrens: im 6. Paragraph wird Löschung aller amtlichen Vermerke einschließlich derjenigen in den Personalakten gefordert.

Es dürfte bekannt sein, daß bereits eine Verordnung, die eine Amnestie für Disziplinarvergehen der preußischen Beamten ausspricht, vorhanden ist, die bis zum 8. November 1918 begangen wurden. Gerade für die Zeit nach der Revolution aber ist eine Amnestie notwendig.

Die sozialdemokratische Fraktion war es ferner, die entschieden dafür eintrat, eine gesetzliche Neuregelung der Verhältnisse der Beamten und die

Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte herbeizuführen". Das kommt in den nachfolgenden Anträgen des Staatshaushaltsausschusses zum Ausdruck:

1. in die demnächst vorzulegende Verfassungsurkunde Bestimmungen aufzunehmen, durch welche die von den Beamten nach den bestehenden Gesetzen erworbenen Rechte auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährleistet werden.

2. mit möglichster Beschleunigung der verfassungsgebenden Landesversammlung den Entwurf eines Beamtengesetzes zu unterbreiten, inhalts dessen

a) den Staatsbeamten ausreichender Schutz gegen Entziehung vom Amt und Einkommen gewährt wird. Die Entziehung ist nur im Disziplinarwege statthaft;
b) die Anstellung der Staatsbeamten auf Lebenszeit nach möglichst kurz zu bemessender Probezeit sowie der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zugesichert wird;
c) zur Wahrung der Beamteninteressen bei jeder Behörde (Amtsstelle, Dienststelle), die wenigstens 10 Beamte umfaßt, die Bildung eines Beamtenausschusses und für jede Provinzialbehörde die Bildung einer Beamtenkammer unter Abrenzung der Befugnisse dieser Organe vorgeschrieben wird, wo bei einer Behörde weniger als zehn Beamte vorhanden sind, ist durch Zusammenlegung der Beamten benachbarter Behörden ein Beamtenausschuß zu bilden und wo auch dies nicht möglich ist, ein Vertrauensmann zu wählen;
d) den Beamten das Recht auf Urlaub eingeräumt und die Beurlaubung der Beamten mit der Maßgabe geregelt wird, daß für die Dauer des Urlaubs vornehmlich die Zahl der Lebensjahre maßgebend ist und die Stellvertretungskosten auf die Staatskasse übernommen werden. Gegenseitige Vertretung ist hierbei auf das Mindestmaß zu beschränken;
e) dem Beamten der Eintritt in eine öffentliche Körperschaft gestattet wird, ohne daß er

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 9. Januar. Ueber die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich wird verschiedenen Blättern mitgeteilt, daß die Entente versprochen habe, täglich 6000 Kriegsgefangene abzutransportieren. Im ganzen würden etwa 450 000 in Frankreich befindliche Kriegsgefangene zurückerwartet. Unter der Voraussetzung, daß die Heimführung flott von statten gehe, könne damit gerechnet werden, daß bis Ende April alle Gefangenen abgeliefert sein würden. Abnahmestellen sind in Mannheim, Düsseldorf, Limburg, Worms und Appenweier errichtet.

Der immer wieder verschobene Frieden.

Paris, 8. Jan. (Havas.) Die Besprechungen der von General Berand geführten Kommission und Herrn von Simson über die in den von den alliierten Truppen besetzten Gebieten einzuführende Gerichtsbarkeit dauerten am Mittwoch fort. Es hat den Anschein, daß sich diese Verhandlungen noch einige Tage hinausziehen dürften. Infolgedessen dürfte der Austausch der Ratifikationsurkunden kaum vor Beginn der nächsten Woche stattfinden. Der Oberste Rat wird am Donnerstag vormittag keine Sitzungen abhalten, da Crewe unpäßlich ist.

Ein „nettisches Siel" nennt der „Vorwärts" mit Recht dieses immerwährende Verschieben. Der Pariser „Intransigeant" redet vom Friedensschluß frühestens am 15. Januar. Mag es sein, was sollen wir uns um den Tag den Kopf zerbrechen.

Was Europa helfen kann.

Haag, 8. Jan. „Nieuwe Courant" meldet aus Washington: Herbert Hoover wendet sich in einer Erklärung gegen eine Anleihe Amerikas an die europäischen Länder. Er sei der Ansicht, daß das gewaltige Elend durch gewöhnliche Handelskredite behoben werden könnte. Die Hauptfrage sei die Ratifikation des Friedensvertrages und die Wiederherstellung der normalen Handelsmethoden.

Schroffe Ablehnung deutscher Wünsche.

Am 24. Oktober hat die deutsche Regierung eine Note an den Obersten Rat übergeben, in welcher das Ersuchen gestellt wurde, die Vollmacht der interalliierten Kommissionen für die deutsch-polnischen Grenzfestsetzungen dergestalt zu erweitern, daß eventuell auch die im Friedensvertrage vorgesehenen allgemeinen Grenzlinien einer Aenderung unterzogen werden können.

Die Angelegenheit ist in den Verhandlungen mit Herrn von Simson in Paris erneut zur Sprache gebracht worden.

Daraufhin ist der deutschen Regierung am 8. Januar eine Note übergeben worden, in der der Oberste Rat den deutschen Vorschlägen nicht zustimmt und festsetzt, daß die Stipulation des Friedensvertrages unverändert aufrechterhalten werden müßte.

Diese Entscheidung des Obersten Rates ist deshalb so bedauerlich, weil dadurch die Bemühungen der deutschen Bevölkerung in den in Frage kommenden Ortschaften ergebnislos geblieben sind. Vielleicht ist es in einem späteren Stadium möglich, daß den Wünschen der betreffenden Bevölkerung noch entsprochen werden kann.

Die deutsche Wirtschaftslage nicht trostlos.

WTB. Stuttgart, 7. Januar. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, fanden gestern und auch heute im Landtagsgebäude Besprechungen des Reichswirtschaftsministers mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen über wirtschaftliche Fragen statt. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst einen Ueberblick über die gesamte Wirtschaftslage; zu übertriebenen Befürchtungen läge trotz des Ernstes der Lage kein Grund vor. Wenn die Prämien nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Rationen und die Erhöhung des Ausmahlsatzes, daneben aber auch in den nötigen Grenzen eine Steigerung der Einfuhr in Betracht komme.

Nachdem der Minister die Lage in der Textilindustrie, die Notwendigkeit der Unterbindung der wilden Preistreibereien und des Schleichhandels, die bedauerlichen Verhältnisse auf dem Häute- und Ledermarkt besprochen hatte, führte er an Hand von statistischen Angaben aus, daß die Klagen Süddeutschlands über Benachteiligung in der Kohlenlieferung nicht begründet seien. Die Klagen über mangelhafte Kohlenlieferung seien allgemein im ganzen Reiche. Schließlich besprach der Minister die Frage der Ein- und Ausfuhr, insbesondere des Ausverkaufs Deutschlands, dem durch Verschärfung der Ausfuhrkontrolle und Preisprüfung durch Selbstverwaltungskörper begegnet werden solle, sowie die Valutafrage.

In der Ernährungsfrage wurde von den süddeutschen Regierungsvertretern die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung von Düngemitteln und eine gerechte Verteilung der Kleie aus den Beständen der Reichsgetreidestelle gewünscht, was der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums weitgehendst zu berücksichtigen versprach.

Bezüglich der Kohlenproduktion und Kohlenversorgung wurden von den süddeutschen Vertretern die Mittel zur Hebung dieser Produktion und die Wege für eine gleichmäßige Verteilung der Kohlen auf alle Gebiete des Reiches besprochen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Beförderungsfrage wurde die Wiederholung der Personenzugsperre auf 10 bis 14 Tage erörtert und gefordert, daß der Personenzugverkehr an Sonntagen im ganzen Reich eingestellt wird.

Keine Verkehrssperre.

Die Meldungen von einer bevorstehenden Verkehrssperre sind unrichtig. Das Verkehrsministerium hat sich mit einer neuen Verkehrsbeschränkung nicht befaßt. Wenn sie später etwa für nötig befunden werden sollte, ist man durch die Erfahrung belehrt, daß sie längere Zeit vorher ankündigt werden wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0001

des Urlaubs behalt und Stellvertretungskosten zu tragen hat:

b) den Beamten das freie Koalitions- und Versammlungsrecht sowie Preßfreiheit gesichert wird und freie politische Betätigung gewährleistet ist:

3. a) möglichst bald eine zeitgemäße Aenderung des bestehenden Gesetzes, betreffend Disziplinarvergehen der Beamten herbeizuführen und in dem diesbezüglichen Gesetzentwurf insbesondere die Einführung einer Berufungsinstanz und eines Wiederaufnahmeverfahrens vorzusehen sowie in bezug auf die Besetzung der Gerichte vorzuschreiben, daß aus der Dienstklasse des Beschuldigten stimmberechtigte Beisitzer zugezogen werden müssen:

b) die Disziplinarstrafen nach einer bestimmten Zeit vorwurfsfreier Führung als gelöscht aus den Akten zu entfernen und zu verhindern daß sie die weitere Beförderung des Beamten beeinträchtigen.

4. alsbald eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach Besoldungsgesetz und das Gesetz, betreffend Gewährung von Ruhegehalt dahin geändert werden, daß die Dienstzeit, welche der Beamte während des Krieges in seinem Amte verbracht hat, bei Festsetzung des Besoldungsdienstalters und des Ruhegehalts anderthalbfach angerechnet wird.

5. den infolge des Krieges besonders angestrengten Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates in diesem Jahre einen längeren Erholungsurlaub als bisher üblich zu gewähren.

Das vergangene Dreiklassenparlament speiste seine Staatsbeamten mit einer Tresse oder einem Titel ab. Als nun der Zusammenbruch erfolgte, da zeigte sich mit aller Deutlichkeit die

Not der Beamten.

Es wurden zunächst vom Reiche anderthalb Milliarden Mark innerhalb dreier Monate zur Verbilligung der notwendigen Lebensmittel ausgegeben. Die Entschuldungssumme betrug 600 Mk. für Ledige, 1000 Mk. für Verheiratete und 200 Mk. für jedes Kind. Sie ist im letzten Halbjahr ausgezahlt worden. Außerdem wurden alle Kinderzulagen in allen Orten gleichmäßig auf 50 Mk. für den Monat festgesetzt und vom September ab nachgezahlt.

Was die Besoldungsreform anbelangt, so ist auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag, der von Zentrum und Demokraten unterstützt wird, eingebracht, in dem verlangt wird, „eine Neuregelung des Besoldungsgesetzes vorzunehmen" und bis zu dieser Neuregelung die laufenden Teuerungszulagen der Staatsbeamten entsprechend den verschärften Teuerungsverhältnissen ab 1. Januar 1920 zu erhöhen. Aus diesen kurzen Darlegungen geht hervor, daß es ein

Verdienst der Sozialdemokratie

im Parlament ist, daß die wesentlichsten Forderungen der Beamten, die in dem von den Konservativen beherrschten Obrigkeitsstaat aussichtslos waren, nunmehr erfüllt sind. Die Beamten haben die politischen Freiheiten erhalten, sie sind gleichberechtigte Staatsbürger geworden. An ihnen liegt es nun, zu erkennen, daß der demokratische Staat auch ihr Staat ist.

Sind das noch Sozialdemokraten?

Im Anschluß an eine Niederlage der Unabhängigen in Gotha, die geradezu vernichtend ausfiel, schrieb das dortige unabhängige Organ, das Proletariat würde andere Waffen zur Hand nehmen als den Stimmzettel, um seine weiteren Kämpfe mit der Bourgeoisie durchzufechten. „Leipziger Volkszeitung" und „Freiheit" fragen ganz entsetzt, was das für Waffen seien. Man müsse in Gotha wirklich einmal nachsehen, ob es noch Sozialdemokraten seien, die dort das unabhängige Organ leiteten und die unabhängige Politik machten.

Aber wir entsinnen uns doch, daß der jüngste Leipziger Parteitag der Unabhängigen sich mit allem Nachdruck für die Diktatur ausgesprochen hat, und wir haben noch nicht gehört, daß es eine Diktatur des Stimmzettels sein soll, wie die Sozialdemokratie sie ausübt. Weil die ganze unabhängige Sozialdemokratie Diktatur predigt, die auf Gewalt beruht und Terrorismus zur unabwendbaren Folge hat, darum haben die Unabhängigen aufgehört, Sozialdemokraten zu sein. Die Gothaer Niederlage ist nicht deswegen so vernichtend, weil Herr Geithner in Gotha als Gärtnerbock Lenin allzu rückhaltlos anhimmelt, sondern weil dort die Unabhängigen regieren. Und da heute keine regierende Partei, sei es selbst die deutschnationale oder die unabhängige, auch nur im entferntesten leisten kann, was der Unverstand von der Regierung fordert, so wird jede regierende Partei heutzutage geschlagen.

Es gab einmal eine Zeit, wo die Unabhängigen wirklich noch Sozialdemokraten waren, und sie ist noch gar nicht solange her. Genau vor einem Jahre wurde bekanntlich die kommunistische Partei gegründet, und damals zog die „Freiheit" allerdings ganz scharf den Trennungsstrich zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten. In einem Leitartikel vom 30. Dezember 1918 erklärte sie, daß man die Kommunisten aus der Partei würde herausgeworfen haben, wenn diese es nicht vorgezogen hätten, selbst zu gehen, und setzte hinzu:

„Die Politik des Spartakusbundes erscheint uns nicht viel weniger verhängnisvoll für das künftige Schicksal der Revolution als die Politik der rechtssozialistischen Führer. Wir stehen auf dem theoretischen und taktischen Boden, auf dem die alte Sozialdemokratie bis zum Kriege stand und den wir nie verlassen haben. Wir stehen auf dem Boden des Erfurter Programms, der Demokratie und der Nationalverkammlung. Wir bekämpfen den Antiparlamentarismus und Terrorismus als Rückfälle in primitive Zustände. Wir lehnen dort, wo die Demokratie besteht, in der Politik jede Art von Gewaltanwendung ab, außer zum Zwecke der Abwehr von Gewalt. Wir sehen in der Wiederherstellung der Produktion, die, soweit es irgend möglich ist, auf sozialistischer Grundlage zu leisten ist, eine zwingende ökonomische Notwendigkeit. Im Streik, unter der Herrschaft des Proletariats, bei größtem Mangel an Produktion, leben wir heute eine Schädigung der Gesamtheit überhaupt und der ärmeren Klassen insbesondere. Außerhalb der jetzigen Regierung stehend, werden wir alles tun, sie vorwärts zu treiben, ihr Zögern um ihre Reformen zu Maßnahmen und Methoden des alten Regimes zu überwinden. Unsere Kritik wird aber sachlich sein, und an uns soll es nicht liegen, wenn die Einheit der proletarischen Kampffront gegenüber der bürgerlichen Welt nicht gewahrt wird. Ein noch größeres Verderben als augenblicklich die Stillegung der Produktion wäre der Bürgerkrieg innerhalb des Proletariats. Jede Politik, die darauf hinausläuft, wird unseren entschiedensten Widerstand finden."

Acht Tage später entfesselte der Januar-Putsch der Unabhängigen den Bürgerkrieg, den Krieg innerhalb des Proletariats. Die viele Monate später erfundene Legende, daß die Besetzung der Leitungen und die übrigen Gewalttätigkeiten des 5. Januars von Spitzeln inszeniert worden wären, hat Ledebour vor den Geschworenen entschieden zurückgewiesen. Die Leitung der blutigen Januarkämpfe lag denn auch auf der einen Seite ganz offen in den Händen der fünf Volksbeauftragten, auf der anderen Seite in den Händen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins, der Zentrale der Kommunistischen Partei und des Zentralvorstandes der U. S. P. Großberlins. Was in jener blutigen Januarwoche praktisch ausgefochten wurde, ist seitdem theoretisches Programm der Unabhängigen geworden: das Bekenntnis zur Diktatur, zur Gewalt, zum Bürgerkrieg, zum rücksichtslosen Kampf des einen Teiles des Proletariats gegen den anderen.

Als der Januarputsch mißglückt war, gab es noch einen Moment des Besinnens. Kautsky erklärte in der „Freiheit", daß die Putschisten den Militarismus zu neuem Leben erweckten, und Dr. Breitscheid führte die unmittelbar danach erfolgende Wahlniederlage der U. S. P. darauf zurück, daß sie keine Politik gehabt, daß sie nicht deutlich und dick genug den Trennungsstrich gegen die Gewaltpolitiker gezogen und sich nicht charakterfest zur Demokratie bekannt hätte. Aber unmittelbar darauf wurde die kommunistische Welle in der U. S. P. immer stärker. Statt zu erkennen, daß die „Marneschlacht der Revolution" — wie Hilferding treffend die Januarschlacht getauft hat — ein weiteres Vorwärtstreiben der Revolution überhaupt unmöglich machte, glitten die Unabhängigen immer rascher und tiefer in den Kommunismus hinab, und schließlich sind sie bei ihrem Leipziger Parteitag gelandet, dessen Beschlüsse Dr. Paul Levi von den Kommunisten ihnen in die Feder diktiert hat. Die Frage, ob das noch Sozialdemokraten sind, ist unzweideutig und rückhaltlos zu verneinen.

Ein Zeugnis.

In ihrer Jahresrundschau urteilt die „Germania" über die Regierungsarbeit und über die Staatsform wie folgt:

„Die jetzige Regierung kann sich auf den Willen der großen Volksmehrheit stützen und wird von diesem Vertrauen getragen. Das Parlament, das wieder ungestört in Berlin tagen kann, hat in unermüdlicher Arbeit den Grundstein zu einer besseren Zukunft gelegt. Die alte Reichsverfassung, die den Stürmen der Zeiten nicht standgehalten hat, ist durch eine andere ersetzt worden, die sich den veränderten Verhältnissen anpaßt und, nehmt alles nur in allem, ein haltbares Gerüst darstellt, in das wir das Reichshaus neu einbauen können. . . . Die Arbeitsleistung steigert sich allmählich, von Generalstreiks, die im Anfang dieses Jahres aus jeden möglichen und noch mehr unmöglichen Grunde ausbrachen, hat man schon lange nichts mehr gehört.

Sicher werden viele diese Betrachtung zu optimistisch finden, aber wir meinen, der heutige politische Zustand bedeutet doch gegenüber dem Wirrwarr zu Beginn vorigen Jahres einen großen Fortschritt. Wenn wir den Prophezeiungen der Unglücksraben Glauben schenken wollten, dann müßten wir längst zusammengebrochen sein, denn wenigstens alle Woche einmal wird unser Untergang angekündigt. Die lautesten Unglückspropheten sind jene, die ein Interesse daran haben, daß heutige System, daß ihnen ihre Vormacht- und Vorrechtsstellung genommen hat, als Quelle allen Unglücks darzustellen.

Wenn nicht parteipolitische Leidenschaft den Blick getrübt hätte, müßte die Erkenntnis allgemein sein, daß es keinen anderen politischen Weg als den, der heute begangen wird, zur Gesundung gibt. Ueber die Handhabung des geltenden Prinzips und seine Anwendung in diesem oder jenem Falle läßt sich gewiß streiten, aber seinem Wesen nach hat es sich bewährt. Wie hätten die Hindernisse, die sich dem rückschauenden Auge herghoch auftürmen, überwunden werden können, wenn sich die Mehrheit des Volkes nicht auf den Boden der Demokratie zur gemeinsamen Arbeit geeinigt hätte? Die politische Demokratie wird auf die Dauer — nicht von heute auf morgen, besonders nicht nach den verheerenden Geschehnissen der letzten Jahre — das Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen der Gesamtheit gegenüber wecken und in jedem Bürger das Bewußtsein stärken, ein Glied in einem Gemeinwesen zu sein, an dessen Wohlergehen er auf das innigste interessiert ist. Nur dann, wenn die demokratischen Staatseinrichtungen das Volk selbst zum Herren seiner Geschicke machen, wird in ihm das Pflichtgefühl großgezogen, das es mit den Rechten auf eine Verantwortung übernommen hat. Wenn sich jeder Einzelne der Verpflichtung dem Vaterlande gegenüber bewußt ist, und sich darauf besinnt, was er der Gesamtheit schuldet, dann brauchen wir nicht zu verzagen, und wir können hoffen, daß mit der demokratischen Ausgestaltung unseres gesamten Lebens diese Ueberzeugung Gemeingut des ganzen Volkes wird. Das deutsche Volk wird seine Freiheiten richtig zu gebrauchen verstehen."

Wir werden dieses Urteil des Hauptorgans der Zentrumspartei für die kommenden Zeiten gut verwahren.

Demokraten für die armen Millionäre.

In einer Kritik der Erzbergerschen Finanzpolitik hält es der demokratische Abgeordnete Gothein für angebracht, eine Lanze für die Millionäre zu brechen. Der Beifall, den ihm hierbei die nationalistische „Tägliche Rundschau" zollt, sollte ihm eigentlich zu denken geben. Gothein führt aus:

Im Normalfalle wird man annehmen können, daß ein vierfacher Kriegsmillionär von einem Einkommen von 250 000 M. auf 60 000 M herabgesteuert wird. Kostet ihn seine Wohnung 30 000 M. — und er kann ja gar nicht von ihr los — so kann er mit den ihm verbleibenden 30 000 M. keinen Hausstand gar nicht mehr führen, denn er braucht mehrere Dienstboten, deren Ernährung und Löhnung jetzt sehr kostspielig ist; und was heutzutage Reparaturen kosten, das geht in die Puppen . . . Einem fünffachen Millionär verbleibt ungefähr ein Jahresein-

Die Hölle.

38) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.

(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

Dann erinnert er sich, daß er schon all diese Dinge durchgedacht hat.

„Horch zu!" sagt er leise und etwas feierlich, wie zu einer Beichte gestimmt. „Ich habe einmal zwei Wesen ausgedacht, die am Abschluß ihres Lebens stehen, und die sich an alles erinnern, was sie erlitten haben."

„Ein Gedicht!" sagte sie, und ihr Mut war nicht groß.

„Ja," sagte er, „eines von den Gedichten, die so schön sein könnten!"

Seltsam, er schien langsam aufzuleben. Zum ersten Male schien er aufrichtig, jetzt, da er das feuchendschwere Beispiel ihres eigenen Schicksals im Stiche ließ, um sich an das Truggeschöpf seiner Einbildung zu ketten. Wie er von diesem Gedichte sprach, begann er zu zittern. Man spürte es, daß er wirklich selbst werden würde, und daß er den Glauben hatte. Sie hatte das Haupt erhoben, um zuzuhorchen. Das sehnsüchtige Erwünschen eines wahrheitwirkenden Wortes wirkte geschäftig in ihr, obwohl sie kein Vertrauen hatte.

Er aber begann, sein Gedicht zu erklären, und er sagte: „Da sind sie, Mann und Weib. Sie sind zwei gläubige Geschöpfe. Sie stehen am Abschluß ihres Lebens. Sie sind glücklich, daß sie sterben sollen, deswegen, weil man traurig sein kann, noch weiter leben zu müssen. Sie sind wie Adam und Eva, die an das Paradies denken, in das sie nun wieder hineinwandeln werden."

„Und wir, werden wir denn wieder in unser Paradies, in unser verlorenes Paradies, zurückkehren?" fragte Herzleide. „Werden wir wieder zurückwandeln in die Unschuld hinein, zurück zum Beginn, zur Makellosigkeit zurück? Ach, wie ich daran glaube, an dieses Paradies!"

„Die Makellosigkeit," sagte er, „das ist es, das Paradies, das ist das Licht. Der Erdenweg, das ist die Finsternis. Um dieser Ursache willen habe ich diesen Sang angestimmt. Licht, das die Menschen wähnen und wünschen. Finsternis, die sie sind."

„Wie wir!" warf Herzleide ein. Doch der Dichter erklärte weiter: „So sitzen sie nun auch da, Mann und Weib, am Rande der Finsternis, die sich ein wenig regt. Es herrscht ein fahrigfahles Hindämmern, das nach der fast verlöschenen Fahlheit des Himmelsstriches weht. Dort sitzen sie mit ihrer Gedankenträchtigkeit und ihren Stimmen, die noch keinem Sinn aufgehen. Diese gläubigen Menschenkreaturen erbitten den Tod, wie man sonst die Lebensinnheit erbittet. An dieser äußersten Tageswende hat sich endlich ein Wortschall in ihnen zu dem täglichen Gebetsruch umgeschmolzen. Sie rufen betend: ‚Den Tod an statt des täglichen Lebensbrotes!' Da sie dessen gewiß sind, daß sie endlich sterben werden, so sind sie der Dankbarkeit voll. —

„Ich möchte zeigen, wie diese Wirksamkeit der Begnadigung in ihnen gleich einer Morgendämmerung aufsteigt, entwickelt wird und emporsprießt. Sie strecken Gott ihre Hände und ihre von Finsternis umlagerten Mienen entgegen und ihr vom Dünster verschattetes Herz und ihre Augen, die kein Licht erschaffen können, und sie flehen Gott an, er möge die unheilbare Beschwernis ihrer Nacht heilen. Durch ihr Bittgebet ringt sich schimmernd ein unanfängliches Denken und Hoffen. Sie möchten sich loslösen von der Finsternis, weil sie ihnen das Gottesicht verstellt, das auf dem Wege ist zu ihrer Menschennatur. Aus ihrer Menschennatur haben sie bloß flüchtige Fünkleln oder ein Geflimmer der Göttlichkeit aufgehascht. Doch sie wünschen die Allwesenheit dieses Gottes, dessen fahles Aufsunkeln am Himmelsfirmament sie nur gesehen haben. ‚Gib uns', schreien sie, ‚gib uns das Almosen des Lichtstrahles, dessen Geflimmer uns manchmal wie ein Schleier zudeckt, und der aus der Unendlichkeit bis zu den Sternen hinunterstürzt!'

Die Menschen heben die blaßlichen, armselig schwerfälligen und zu winzigen Aermlein empor.

Und ich fragte mich, ob dieses Menschengehäuf, das ich da innerlich sah, nicht schon in der Nacht des Todes wäre; ob es nicht schon ihre gemeinsame Seele wäre, die in einem letzten Seufzer ausströmte, um an mein innezes Ohr zu gelangen. —

Mein Gedicht soll ihr Wesen bezeichnen und umreißen. Es soll ihr Leben Wickweise dem Schweigen und dem Unbekannten entreißen. Mein Gedicht paßt sich genau ihrem tiefen Geheimnis an. — So aber geht es weiter: Von neuem hat das Weib den Kopf hinabsinken lassen. Schon ist sie prächtiger der Todeserde verfallen. Das Weib lauscht auf. Der Mann ist bedeutsamer als das Weib. Er ist schöner als sie. — Sie wandern in Gedanken rückwärts auf ihrer Lebensbahn. Auf der Schwelle zum ewigen Glück stehen sie und sehen noch einmal auf das tägliche Lebenswerk nieder, das sie in all seiner Auswellung einstmals bewältigt haben. Welch Trauerreichtum, welche Aengste, welche Anfälle des Entsetzens! Mann und Weib wiederholen sich alles, was gegen sie gewaltet hat. Sie vergessen nichts, sie verlieren nichts, sie vergeuden nichts von ihrer ungeheuren Vergangenheit. Welch Geduld muß es sein, dieser Sang vom Elend, dieser Sang vom Menschenleide, der mit einem einzigen Schlage alles zusammenfaßt!"

Der Dichter fuhr fort: „Zuerst die grausamen Lebensnotwendigkeiten. Das Kind wird geboren. Sein erster Schrei ist ein Wehegeschrei. Des Kindes Nichtwissen ist gleich dem Wissen überhaupt. Dann die Krankheit, der Schmerz und all das Klagegejammer, mit dem wir die gleichgültige Friedlichkeit der Natur ergötzen. Die Mühseligkeit, gegen die man ankämpfen muß vom Morgen bis zum Abend, selbst dann, wenn die Kraft schon fast erlahmt ist, um ein Goldhäuflein aufhaschen zu dürfen, das gleich einem Trümmerhaufen hinrollt. Alles das muß man schildern, hinunter bis zum schäbigen Kot, bis zu der Verschmutzung, bis zu der Staubdesudelung, die auf uns lauert, und die wir abschütteln müssen von uns in jeglicher Lebensminute. Wie wenn die Erde uns mit aller Kraft und ohne Aufschub nur zu ihrer Tiefe niederreißen wollte und bis zu unserer endgültigen Einschaufelung und Bestattung. Schildern müßte man auch die Ermüdung, die uns erniedrigt: Die Müdigkeit verjagt das Lächeln von den Menschengesichtern, und am Abend verwandelt sie das Heim fast in eine Wüstenei, wenn die Gespenstergestalten auftauchen, die nur Ruhe und Ruhe erheischen!

Herzleide horcht zu und sie erschließt sich. Einmal hat sie die Hand aufs Herz gelegt und gesagt: „Arme Menschen!" Dann bäumt sie sich leise auf. Sie findet, daß man zu weit geht. Sie will nicht so viel Düsterkeit. Ist sie müde? Bedenkt es sie, daß dieses Dichterbild, verwirklicht durch eine andere Stimme, zu grell sei?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0002

kommen von 200 000 M.: von dem geht weit über die Hälfte auf Stadtwohnung und Villa auf, welch letztere eben unentkäuflich ist. Die Stadtwohnung braucht er aber für seine Berufstätigkeit. **Was bleibt einer solchen Familie noch für Luxusausgaben übrig?** Man wärmt von dem alten Bestand, zu Neuanschaffungen langt's nicht mehr.

Gotheins Ausführungen sind wirklich geeignet, für die armen Millionäre tiefstes Mitleid zu erwecken. Wir geben zu: Mit 60 000 Mark auszukommen, dürfte einem vierfachen Millionär nicht ganz leicht sein, jedoch wird er sein hartes Los ertragen müssen, solange die überwiegend große Mehrzahl der Bevölkerung nicht nur nicht in der Lage ist, jährlich 60 000 Mk. zu verzehren, sondern kaum weiß, woher sie bei den ungeheuren Preisen für Lebensmittel den täglichen Bedarf decken soll. Daß des Demokraten Gotheins Herz für die fünfzigfachen Millionäre so warm schlägt, denen er die Unmöglichkeit des Auskommens mit einem jährlichen Einkommen von 200 000 Mk. nachweist, wird ihm von diesen nicht vergessen werden. Es ist erfreulich, daß es in dieser Zeit, wo Hunderttausende der Bevölkerung nicht wissen, wo sie ihr bescheidenes Unterkommen finden, nicht an Männern, noch dazu an ehemaligen Ministern, fehlt, die den armen Millionären wärmstes Bedauern entgegenbringen, wenn sie für Stadtwohnung und Villa jährlich mehr als 100 000 Mk. ausgeben müssen. Wir schließen uns aus vollem Herzen und tief zerknirscht dem Gotheinschen Klagerufe an: „Was bleibt einer solchen Familie noch für Luxusausgaben übrig?"

Die Teuerungszulagen für die Beamten.

WTB. Berlin, 8. Januar. Am 3. Januar hatte eine Abordnung des Deutschen Beamtenbundes eine erneute Besprechung mit dem Reichskanzler, den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und des Reichsministeriums des Innern bezüglich der Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen. Der Reichskanzler erklärte, daß in kürzester Frist neue Verhandlungen mit dem Reichsrat, den Vertretern der Länder und der Nationalversammlung unter Zuziehung des Deutschen Beamtenbundes geführt werden würden.

Wie wir hineingeritten wurden.

Die weitere Veröffentlichung der Briefe Wilhelms II. an den Zaren Nikolaus durch die „Voss. Ztg." bringt überaus interessante Aufschlüsse aus einer Zeit, die man als die außenpolitische Konfliktszeit bezeichnen könnte. Aus dem vom 30. Mai 1898 datierten, als „privat und streng vertraulich" bezeichneten Kaiserbrief geht hervor, daß **England ein dringendes Bündnisangebot wiederholt an Deutschland ergehen ließ.** Das Angebot, dessen Annahme oder Ablehnung in jedem Falle von weittragender Bedeutung für Deutschland und darüber hinaus für Europa sein mußte, wurde bekanntlich später abgelehnt, charakteristisch für die Art, in der bei uns allerhöchste Politik getrieben wurde, ist die Behandlung, die der Frage seitens Wilhelms II. zuteil wird. Dieser verweist in dem Schreiben an „Niki" auf das durchaus ernstgemeinte Angebot, will sich aber trotz der Dringlichkeit des englischen Ersuchens und trotz des Hinweises auf die gänzlich geänderten politischen Verhältnisse in Deutschland seine Stellungnahme vorbehalten. Er zieht es vielmehr vor, sich zunächst bei seinem Freund und Vetter zu erkundigen, was dieser ihm zu bieten habe. Die Briefstelle lautet:

„Nun bitte ich Dich, als meinen alten und vertrauten Freund, mir zu sagen, was Du mir bieten kannst und tun willst, wenn ich ablehne."

Bezeichnend, höchst bezeichnend für den politischen Dilettantismus des Mannes, der schwerstwiegende politische Geschehnisse in Händlergeist zu lösen suchte.

Nicht ohne Interesse für die Beurteilung des Charakters Wilhelms II. sind die Ratschläge, die er diesem am Schlusse des von Rußland verlorenen Russisch-Japanischen Krieges erteilt. In einem vom 5. Juni 1905 datierten Briefe weist er auf die Unpopularität einer Fortsetzung des Krieges hin und fährt fort:

„Ist mit der Verantwortlichkeit eines Herrschers es vereinbar, eine gesamte Nation weiter zu zwingen gegen ihren ausdrücklichen Willen ihre Söhne in den Massentod zu schicken, lediglich für seine Sache. Nur für diese Art Vorstellung nationaler Ehre. Nachdem das Volk durch sein Benehmen klar seine Mißbilligung einer weiteren Fortsetzung des Krieges zum Ausdruck gebracht hat? Wird nicht mit der Zeit das Leben und Blut all dieser nutzlos hingeopferten Tausende vor die Tür des Herrschers niedergelegt werden, und wird er nicht eintmals von ihm, dem Herrscher und Herrn aller Könige und Menschen, aufgerufen werden, sich für die zu verantworten die unter seine Obhut von dem Schöpfer anstellt worden sind, der ihre Wohlfahrt ihm anvertraut?? Nationale Ehre ist ein sehr gutes Ding an und für sich, aber nur in dem Fall, daß die Gesamtheit der Nation selbst bestimmt, sie mit allen möglichen Mitteln aufrechtzuhalten. Aber wenn die Masse einer Nation dahin weisen, daß sie genug hat, und daß „alles verloren, nur nicht die Ehre" ihre Denkrichtung ist, ist es dann nicht vernünftig, daß auch ihr Herrscher unfehlbar schwerem Herzen, die Folgerung zieht und Frieden schließt?? Selbst wenn es ein bitterer Friede wird? Besser als durch die Verlängerung eines so unpopulären Krieges ein so erbitterten Gefühl in seinem Lande zu schaffen, daß es selbst nicht vor ernsthafter Schritten zurückweicht, um eventuell den Herrscher zu zwingen, seine Wünsche zu erfüllen und seine Ansichten anzunehmen?"

Es ist für die Psychologie Wilhelms II. von höchstem Interesse, diese durchaus zutreffenden Bedenken, die er dem Zaren gegenüber äußert, zu vernehmen und sie mit seiner praktischen Durchführung zu vergleichen. Die Ratschläge, die er dem russischen Zaren im Jahre 1905 erteilt, mit seinem eigenen Verhalten während des Weltkrieges in Einklang zu bringen, dürfte schwer fallen, und es liegt eine gewisse Tragik darin, heute nach dem Sturz Wilhelms II. zu sehen, wie er ein Opfer desjenigen Verhaltens geworden ist, vor dem er seinen Vetter in ermahnenden Worten warnt. Größer aber als alle persönliche Tragik war die Tragik, die der Weltkrieg für die gesamte Menschheit mit sich brachte, und diesem ungeheuren Ereignis gegenüber muß das etwaige Mitleid für einzelne Personen gänzlich in den Hintergrund treten.

Ein vernichtendes Urteil über Ludendorff.

Der Heidelberger Professor Ehrenberg hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, die deutsche Kriegführung kritisch zu betrachten. Er spricht Ludendorff das Recht ab, als großer Feldherr zu gelten und kommt über seine Qualitäten zu folgendem Urteil:

Der wahre Feldherr kennt vor allem die Kräfte und ist im Unglück groß. Man vergleiche Napoleons Feldzug von 1814 mit dem deutschen 1918; da ist der Unterschied zwischen einem militärischen Genie und einem militärischen Organisator. Ueberhaupt war die deutsche Heeresführung für den Weltkrieg — und auf ihn allein ist es angekommen — minderwertig. Zu nahezu allem — 42-Zentimeter-Mörser und Ferngeschütze waren im Grunde genommen Kinkerlitzchen — waren wir dem Feinde unterlegen und haben ihm nachgeahmt. Die bewegliche Verteidigung Ludendorffs ist der französisch-englischen Methode nachgebildet, die diese schon eingeführt hatten, als wir noch die Kasernenhof- und Kaisermanövertaktik des vordersten Schützengrabens hatten, der um jeden Preis zu halten sei, und der „Wiedereroberungsgraben" als „Etappe" galt. Die Feuerwalze ist eine Nachahmung des französischen Trommelfeuerprinzips, das diese seit der Lorettoschlacht hatten. Wir haben sämtliche verfeinerten Artilleriemethoden, wie Schallmeßtrupp, Lichtmeßverfahren, Kartenschießen, Fliegerschießen, Fesselballon- und Funkerschießen vom Feinde kennen gelernt, mehr oder weniger. Die Ausschaltung selbständiger Artilleriegruppen haben uns die Franzosen schon im Sommer 1915 vorgemacht. Nur den deutschen Soldaten, das deutsche Volk, das brauchten wir nicht vom Feinde erst zu lernen.

Die deutsche Artillerie ist bis zum Kriegsende unterlegen und schlecht ausgebildet gewesen; eine kleine Verbesserung kam 1917 zustande, aber sie reichte nicht aus, um die Gleichwertigkeit mit der französischen herzustellen. Mein militärisch hat die französische Artillerie den Sieg entschieden, das gilt auch im Detail gerade des letzten Kriegsjahres: alle deutschen Offensiven sind durch die französische Artillerie zum Stillstand gebracht worden.

Für die Minderwertigkeit und Schwerfälligkeit der deutschen Kriegführung nenne ich die Ablehnung der Panzerwagen (vielleicht erkundigt sich der Stabsoffizier einmal bei Daimler, wieviel Wagen wir im Frühjahr 1918 gehabt hätten, wenn Ludendorff die Herstellung nicht auf die leichte Achsel genommen hätte). Das gleiche gilt übrigens von der Herstellung von größeren U-Boot-Kreuzern, die vom Marineamt im Sommer 1917 abgelehnt wurden, weil bei einjähriger Herstellungszeit der Krieg ja doch vorher „zu Ende sei", das heißt natürlich, wenn wir geflegt hätten.

Aber das schlimmste bleibt nun einmal die Gedankenlosigkeit, mit der das „Menschenmaterial" behandelt wurde. Wäre im Frühjahr 1918 Hindenburg im Hauptquartier durchgedrungen, so hätten wir diese Auslaugung des deutschen Soldaten nicht erfahren, und Ludendorff hätte nicht die vernichtende Niederlage erlitten, in der er 300 000 Gefangene und 4000 Geschütze einbüßte. Sagen wir es doch endlich einmal offen, daß die Mär von dem siegreich zurückkehrenden deutschen Heere eine glatte Geschichtsfälschung ist! Schließlich brauchen wir uns als Volk unserer Niederlage nicht zu schämen.

Allen Bewunderern Ludendorffs wird diese vernichtende Kritik wenig Freude machen. Es wird auch genug „Strategen" geben, die alle Tage bereit sind, zu beweisen, daß Ludendorff ein Feldherrngenie war. Die ihn bisher in den Himmel hoben, werden das auch weiter tun. Würden sie das unterlassen, so würden sie sich damit selbst das Urteil ihrer Unfähigkeit und Urteilslosigkeit sprechen.

Ein Munitionsskandal in Frankfurt a. M.

Durch Anzeige ist jetzt nachträglich ein Munitionsskandal übelster Art aufgedeckt worden. Es handelt sich um die Frankfurter Munitionsfabrik Heidelberger, die im Kriege in großem Umfange Munition herstellte. Die Firma wird beschuldigt, Zünder, die als unbrauchbar zurückgewiesen waren, trotzdem verwandt und dafür höhere Bezahlung erlangt zu haben, als sie der wirklichen Lieferung entsprach. Dies war ihr natürlich nur im Zusammenwirken mit den militärischen Abnahmestellen möglich. Die Angelegenheit hat bisher zur Verhaftung des Fabrikbesitzers, seines Bruders, des Prokuristen, eines Regierungsbaumeisters a. D. und eines Majors der betreffenden Abnahmestelle geführt. Weitere Verhaftungen in der Skandalaffäre dürften bevorstehen.

Kurze Notizen.

Admiral Meurer acht. Der Marine-Reinhardt, Admiral Meurer, hat recht schnell die Konsequenzen ziehen müssen und ist abgegangen worden. So schnell muß es mit diesen Herren immer gehen.

Keine Zwangsanleihe in Holland. Die zweite Kammer hat den Antrag der Regierung auf Annahme einer fünfprozentigen Zwangsanleihe von 450 Millionen Gulden mit 58 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Vom Bolschewistenkrieg. Einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge haben die Bolschewisten Taganrog am Asowschen Meer erobert, wo Ich Denikins Hauptquartier befindet.

Brücken-Sprengungen in Bulgarien. Aus Salonikі wird gemeldet: In Bulgarien sprengten die Streikenden eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Sofia-Varna in die Luft. An anderen Punkten wurden ähnliche Versuche gemacht. 200 Schuldige wurden verhaftet, von denen viele erschossen wurden.

Krieg überall. Aus Rio meldet Hangö: In der Nähe von Odessa hatten sich starke Abteilungen der Stämme von Djebalia gesammelt, um die verbündeten Dörfer des Machten zu bombardieren. Die Artillerie des Kosaken von Amanna bombardierte mit Unterstützung einer Gebirgsabteilung mehrere Dörfer und zerstreute die Aufständischen, welche zahlreiche Tote zurückließen.

Die Schantungfrage. Laut „Algemeen Handelsblad" hat der japanische Premierminister in einer Unterredung erklärt, Japan werde sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Frage der Zurückgabe Schantungs an China in die Hand nehmen. Es verlange für sich nur die normalisten deutschen Interessen, in der Hauptsache Handelsinteressen.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt. „Nieuwe Courant" meldet, daß die Amerikaner ihre Grenze gegen Mexiko durch Befestigungen und Truppen sichern.

Prozeß Ferchlandt.

Als nächster Zeuge wurde der ehemalige Kurier des S.-Rats Lanaer vernommen. Er schilderte seinen Werdegang zum Vertrauensmann der Kommunistengruppe und sprach von seinen schon im Kriegsjahre erwähnten Reisen nach Berlin usw. An die Matrosenkompagnie sei er, da er kein Matrose und erst 19 Jahre alt war, „eingeschoben" worden. Interessant waren seine Ausführungen über die sogenannte Plydra- oder Bankräubergruppe, die damals hier in Halle die Massen bewegend in Bewegung hielt und sich des Meren Gewaltätigkeiten gegen politisch anders Gesinnte in Schutzen kommen ließ. Die damaligen Lieblinge und Fetische der „echten" Revolutionäre, Hartung, Claus, Plydra und Konsorten, wurden als Strumbäcke (!) der Revolution bezeichnet und behandelt. Ueber seine Reisen berichtete er in dem Sinne, daß man annehmen muß, die Boten der K.P.D. fuhren in Deutschland von einem Aufruhr-Gebiet in das andere und stellten die Verbindung nach einem groß angelegten Plane her. Diese „Kommunisten" von Halle waren lediglich durch einen Fahrscheinausweis Ferchlands gedeckt. Langer belastete Ferchland weiter, indem er behauptete, derselbe sei bei der Bewaffnung von Arbeitern zugegen gewesen. Der Angeklagte bestritt dies entschieden. Damit war die Vernehmung dieses Zeugen, der vom Verteidiger Herfeld für geisteskrank erklärt wurde, beendet.

*

(Vierter Verhandlungstag.)

Der Zeuge Oberkassenvorsteher Eichberg schilderte eingehend die Plünderereien auf dem Güterbahnhof und gab an, daß in einer einzigen Nacht unter dem Schutze der Sicherheitswache 87 Waggons erbrochen worden seien. Die beiden Zeugen Wichert und Kreuber berichteten Genaueres über die Disziplinlosigkeit und Verlausung der damaligen Wachmannschaften. Der Führer der Matrosenkompagnie Feldwebel Henne gab Aufschluß über das Verhältnis Ferchlands zu dieser Kompagnie und betonte ausdrücklich, daß die Gründung seine in die Wege leitete, lediglich vorgenommen wurde, um eine Stütze für die Regierung zu schaffen. Der Angeklagte habe des öfteren dann gegenüber Unbotmäßigkeit und Radaulust einzelner Matrosen eine korrekte Haltung eingenommen und einige der bei Vergehen gefaßten dunklen Elemente entlassen. Das gleiche Wort in der Kompagnie selbst habe jedoch Meiebera geführt.

Die Verhandlungen drehten sich dann um die Besetzung der Hotels und der Riebeckplatz herum. Hartung habe auf das Vorhaben Schmeinsbergs die ersten Schüsse abgegeben und Klaus und Konsorten seien trotz ihrer Verbote in das Bankgebäude eingedrungen. Die Besetzung des Riebeckplatzes nach der Einigungsverhandlung habe er nicht aufgehoben, da Ferchland noch nicht aus der Artilleriekaserne zurückgewesen sei. An der Berliner Reise hat dieser Zeuge selbst teilgenommen. Er glaubt nicht daran, daß dieselbe die politischen Ansichten des Angeklagten gewandelt habe. Radek, Eichhorn und Dorenbach habe auch er nicht zu sehen bekommen. Er verneinte es ganz entschieden, daß diese Reise einen politischen Zweck verfolgt habe.

Darauf machte Zeuge Weider weitere Aussagen. Am 12. Januar habe der Bauunternehmer Hoffmann im Weißenfelser Hof drei Offiziere abfahren wollen. Nur das Dazwischentreten des Feldwebels Henne habe ihn daran gehindert. Er gab dann ein ausführliches Bild über die Ereignisse dieses Tages.

Der nächste Zeuge Sasse war Mitglied der Matrosenkompagnie. Auch er verschärfte, daß die Kompagnie hinter der Regierung Ebert-Scheidemann gestanden habe. Hartung sei stets der Durchstecher gewesen. Die Zeugen Volkmar und Haring berichteten über die Zustände in der Matrosen- und Sicherheitskompagnie. Unregelmäßigkeiten seien bestraft worden. Betr. der Diebstähle auf dem Güterbahnhofe erklärte Zeuge Volkmar, daß die Wachen der Matrosen am zuverlässigsten und die der Artillerie am unzuverlässigsten gewesen seien. Nach Beeidigung des Zeugen Haring wurden die Verhandlungen vertagt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wiederarbeit in den stillgelegten Industriewerken.

WTB. Berlin, 8. Jan. Die Kohlenversorgung Berlins hat wieder eine kleine Besserung erfahren, so daß bei Ludwig Löwe & Co. die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

WTB. Berlin, 8. Januar. Bei den Siemenswerken sind beschränkte Mengen von Kohlen eingegangen. Mit Rücksicht auf die heute abend zu erwartenden Kohlenladungen wird der Betrieb in den stillgelegten Werken am Freitag früh wieder aufgenommen.

Italienische Ministerkrise.

Mailand, 8. Jan. „Epoca" versichert, daß der Rücktritt von fünf Ministern des gegenwärtigen Kabinetts bevorstehe. Nach seiner Rückkehr aus Paris werde Nitti eine vollständige Neugestaltung des Kabinetts vornehmen müssen. Aus dem Kriegs- und Marineministerium werde ein einziges Ministerium geschaffen werden, das der nationalen Verteidigung gelte, zu dessen Leitung Mortara berufen werden würde, der als der beste Organisator bekannt ist.

Lenins Friedensangebot.

„New York American" veröffentlicht den Wortlaut des letzten Friedensangebotes Lenins an die Alliierten, das mit folgender Drohung schließt: Die Sowjetregierung hofft, daß sie nicht genötigt sein wird, sich mit diesem Angebot (mit den notwendigen Aenderungen) an die Mittelmächte zu wenden.

Der englische Oberst Tallent ist von Reval nach London abgereist. „Berlingske Tidende" behauptet, daß diese Reise im Zusammenhang mit dem Friedensangebot stehe.

Der Zerfall Rumäniens mit der Entente.

Ueber die bessarabische Frage ist es zwischen England und Rumänien zu Differenzen gekommen, mit denen auch die plötzliche Abreise des rumänischen Ministerpräsidenten nach Paris in Verbindung gebracht wird. Bessarabien wurde nicht Rumänien zuerkannt, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil der Verband fürchte, Rumänien sei nicht in der Lage, dem Bolschewismus genügenden Widerstand zu leisten, andererseits wolle er ausscheinend die Bolschewisten nicht vor den Kopf stoßen. Besonders England soll die Haupttriebfeder für letzteres Argument sein.

Weiter fordert die Entente von Rumänien energisch die Räumung der besetzten ungarischen Gebiete, wogegen sich Rumänien wehrt. In dieser Frage ist ein letztes Ultimatum der Entente an Rumänien gerichtet worden.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Sendewitz, für „Aus dem Stadtkreise" und Gewerkschaftliches: Willy Lorenz für „Aus dem Vereinsbezirk" K. Gerdes, für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G.m.b.H. in Halle, Geschäftsstelle 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0003

Licht-Spiele

Grosse Ulrichstr. 51

Nur für Erwachsene!

Ab Freitag, den 9. Januar! Ab Freitag, den 9. Januar!

Persönliches Auftreten der kleinen Filmschauspielerin Nelly Gutmann

in ihrem tollen Lustspiel: „Wo ist der Affe?"

Ein gesunder Humor geht durch den ganzen Film. Nelly Gutmann wird alle Herzen für sich gewinnen!

Vorführung: 3.35, 5.05, 6.50, 8.35.

Wochentags Einlass 3 Uhr, Anfang 3 ½ Uhr. Sonntags Einlass 2 ½ Uhr, Anfang 3 Uhr.

Walhalla-Operettentheater.

Anfang 7 Uhr:

Die Dame vom Zirkus.

Sonntag ½4 z. 1. Male:

Der Schuster und die Zauberstiefel.

Märchen von Adalbert Krwstl.

Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater

Sonnabend, den 10. Jan., nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung:

Der Himmels-Schneider.

Abds. 7. Ende 9½ Uhr:

Das Christ-Elflein.

Sonntag nachm.:

Der Tod d. Empedokles.

Sonntag abend:

Der Bajazzo, hierauf Cavalleria rusticana.

Thalia-Säle

nur bis 15. Jan. — Anf. ½4 Uhr

Varieté

nur bis 15. Jan. — Anf. 7½ Uhr

Reichhaltiges vornehmes Programm!

Vorverkauf: Max Schulz, Zigarrenhdl., Gr. Stein-, Ecke Ulrichstr. und Schmidt & Nowak, Geiststr. 22 — Abendkasse ab 6 Uhr geöffnet

Sonntag, d. 11. Januar, 3½ Uhr letzte Nachm.-Vorstellung.

Ab heute täglich der zweite Teil des neuen Riesenfilms der Ufa

Die Geschichte der Maud Gregaards

mit **Mia May** im

U.T

Alte Promenade 11a

Vorführung: 3.45, 5.55, 8.05.

U.T

Leipzigerstraße 88.

Der Dieb im Frack

Ein Abenteurer-Roman in 5 Akten.

In der Hauptrolle: **Louis Ralph.**

Ein Filmwerk voller Ueberraschungen, Spannung und verblüffender Tricks.

Vorführung: 4.00, 6.10, 8.30.

Eine gute Nummer.

Lustspiel in 1 Akt.

Die neuesten Wochenberichte.

— Beginn ½4 Uhr.

Die Abend-Vorstellung beginnt 7.50 Uhr.

Metall und Felle

Spezial-Einkauf

zu folgenden hohen seltenen Preisen:

Winterhasen prima	18 Mk. bis	23 Mk.
Ziegenfelle prima	bis	130 „
Schafwolle prima	Kilo bis	40 „
Marderfelle ta prima	bis	650 „
Rosshaare (Schweif gebündelt)	Kilo	25 „
Kalbfelle (frisch)	Kilo	45 „
Schaffelle (frisch)	Kilo	22 „
Kaninchenfelle prima	Stück bis	16 „

Alle anderen Sorten sehr hohe Preise.

Kupfer	Kilo	9 Mk.	**Blei**	Kilo	3 Mk.
Messing	„	4.50 „	**Zink**	„	2 „
Rotguss	„	7 „	**Zinn**	„	10 „

Metallsammler, Klempnermeister usw. erhalten besonders hohen seltenen Preis.

Abholung kostenlos durch eigne Boten.

Postkarte oder Telephon genügt.

Komme bei grösseren Posten auch auswärts.

Fr. Halle, Fellhandlung,

Halle a. S. Breitestr. 6. Tel. 4377.

Volks-Lichtspiele

Geiststrasse 5. Geiststrasse 5.

Ab heute:

Sumpfhanne

Grosses Drama in 5 Akten.

mit **Charlotte Böcklin** in der Titelrolle

nebst glänzendem Beiprogramm.

Kinder haben zu diesen Vorstellungen keinen Zutritt.

Bildungsausschuß.

Alte sozialdemokratische Partei, Merseburg

Montag, den 12. Januar, abends 7 Uhr im „Tivoli-Theater"

„Minna von Barnhelm"

Lustspiel in 5 Aufzügen von Lessing.

Eintrittskarten 1 Mk. Plätze werden verlost

Künstlerverein auf dem Pflug.

Vortrag von Emil Cassel:

Hamlet, der Tatmensch

Sonnabend, den 10. Januar 1920, abends 8 Uhr, im gr. Saale der Handwerkerschule, Guljahrstr. 1. Sitzplätze 2.50 Mk., Stehplätze 1 Mk. in der Musikalienhandlung von H. Hothan J. am Saaleingange.

Apollo-Theater

Täglich abends 7 Uhr: Gastspiel der „Mod. Operettenbühne". Dir.: Walter Steinert. Der neueste, sensationelle Operettenschlager in glänz. Ausstattung:

„Fräulein Puck".

Op rette in 3 Akten von Walter Kollo. Sonntag nachm. 3½ Uhr, bei kleinen Preisen: Erwachsene 1—4 M. Kinder 0.50—2 M. „Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen". Kindermärchen in 3 Akten von Willy Günther. Hierauf: Gr. Gratisverlosung. Jedes Kind erhält 1 Gratis-Los. Hauptgewinne: Puppen, Baukästen, Bücher usw. Vorverk. 9—1 u. 5—½7, Sonntags ständig.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr.

Herrenzimmer

kauft man ganz besonders billig in der

„Raumkunst", Poststraße 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0004

Die Bewegung der Eisenbahner.

Guter Verhandlungsverlauf.

WTB. Berlin, 8. Januar. (Amtlich.) Drahtnachricht. Die Verhandlungen über den Lohntarif mit den Eisenbahnarbeiter-Organisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist Einverständnis über die Bildung von Lohn-Ortsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohnortsgruppen 20 Pfennig betragen soll.

Die Teilstreiks im Westen.

WTB. Düsseldorf, 7. Januar. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes der deutschen Eisenbahnbeamten, Bezirk Elberfeld, hat keine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohntarif nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik, noch den Teilstreik oder Lokalstreik angeordnet. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf—Hagen—Hamm seit gestern an Stärke und Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenausschuß des Eisenbahn-Direktionsbezirkes Elberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeitsstreik bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns gestellten Forderungen steht noch aus. Milch-, Lebensmittel- und Viehzüge fahren vorläufig unter unserer Kontrolle. Somit ist die Haltung der Eisenbahnbeamten vorläufig noch eine neutrale.

WTB. Essen (Ruhr), 8. Januar. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter im hiesigen Bezirk hat sich weiter ausgedehnt. Auf dem Bahnhof Mülheim an der Ruhr wird nur teilweise gestreikt, so daß der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt ist. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Betrieb wird notdürftig aufrechterhalten. Auf der Strecke Dortmund-Bandof-Unna-Hamm liegt der Betrieb infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk still. Der Zugverkehr zwischen Witten und Hagen ist völlig unterbunden.

Duisburg, 9. Jan. Die Eisenbahnarbeiter Groß-Duisburg haben in einer Versammlung gestern abend beschlossen, heute früh in den Streik zu treten. Die Notstandsarbeiten sollen ausgeführt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Eisenbahner der S. P. D. Am Freitag, den 9. Januar, abends 7 Uhr, findet eine sehr wichtige Versammlung aller Eisenbahner der S. P. D. im „Augustiner", Mittelstraße, statt. Der Vorsitzende wegen beginnt die Aussprache, zu der alle Genossen erscheinen müssen, pünktlich um 7 Uhr. Keiner darf fehlen.

Verein Arbeiter-Jugend. Wir weisen nochmals auf unsere heute abend pünktlich 7 Uhr im Jugendheim, Kl. Berlin 1, stattfindende erste Mitgliederversammlung hin und ersuchen alle Jugendgenossinnen und -genossen zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 9. Januar 1920.

Die Besoraten.

Unter der Marke „Sozialdemokratische Ausbeute" windet die „Hallesche Zeitung" ihr liebevolles Herz für die Arbeiter aus, indem sie naiv oder — verbissen ihren Lesern ausrechnet, daß 50 000 Funktionäre auf ½ Million Mitglieder im Landarbeiterverband die Organisationskasse schwer belasten müssen. Ehe das nationale Hetzblättchen aber seinen Lesern eine derartige Notiz zurecht macht, sollte es wissen, daß die Funktionäre Ehrenposten darstellen, also für ihre Verbandstätigkeit keine Bezahlung erhalten. Es ist erstaunlich, daß die Leser des Halleschen Sozialistenvertilgers sich dieser niedrigen Tendenzmache nicht erwehren. Das Blatt ist so entzückt über die Notiz aus dem Buche: „Das neue Landarbeiterrecht" von Dr. Rosenfeld, daß sie dieselbe in der Mittwoch-Ausgabe sogar zweimal bringt. Der Hereinfall ist nun ein doppelter.

Politisches Kegelschieben und Terror.

Die wüsten Schimpfepisteln des hiesigen Kommunistenblattes gegen jeden, der nicht zur Partei der Spaltpilze gehört, haben es nun glücklich soweit gebracht, daß der Terror einer fanatisierten Masse sogar vor den Vergnügungstätten keinen Halt macht. Wir erhalten hierzu von interessierter Seite folgende bezeichnende und — belustigende Zuschrift:

„Am Sonntag, den 4. 1., tagte im Volkspark eine Versammlung, welche sich mit der Gründung einer Keglervereinigung beschäftigte. Der Vorsitzende, Kegelbruder Krein, führte u. a. aus, daß beabsichtigt sei, eine Vereinigung zu gründen, welche die Förderung des Sports, wie Ausgestaltung der Vergnügungen und sonstiger Veranstaltungen zum Zwecke habe, und betonte nebenbei auch, daß Politik nicht getrieben werden soll. Eine solche Vereinigung könne jedoch nur aus linksstehenden Genossen bestehen. (Das ist keine Politik!?) In der interessanten Diskussion führte Kegelbruder Mitters u. a. aus, daß er wohl mit Zweck und Ziel dieser Vereinigung einverstanden sei, jedoch nicht die Auffassung teile, daß nur linksorganisierte Klubs darin aufgenommen werden sollen. Die Kegelei sei Sport und Vergnügen, darf aber keine Gelegenheit sein, eine winkelstädtische Bierbankpolitik zu treiben, weshalb er fordere, daß alle organisierten Arbeiter aufgenommen werden. Schon im geheimen ist dahin gearbeitet worden, den Kegelklub, in dem M. Vorsitzender ist, auszuschließen, weil dieser sich zu den Mehrheitssozialisten zähle. Die Kulissenschieberei ist jetzt schon lustig im Gange.

Ein bezeichnendes Licht auf den Zweck der Vereinigung warf es, als Kegler Rauß den Vorsitzenden darauf aufmerksam machte, daß es ein Fehler sei, wenn dieser sage, Politik sei auszuschließen. Politik sei mit dem Sport innig verbunden, daß man beides nicht trennen kann. Wie rigoros die tapferen Kegelschieber vorgehen, dokumentiert die Aeußerung des Keglers Freundlieb, der offenherzig betonte, es handle sich nur um zwei Kegler aus dem Klub „Neuntöter", die keine Aufnahme finden sollen, während ein anderer der treuen Brüderschaft sagte, Terror muß gleich im Anfang geübt werden. Kegler Mitters trat dem entschieden entgegen und wies darauf hin, daß der Ausschluß seines Klubs auch zugleich einen Hinauswurf desselben aus dem Lokal bedeute, worüber jedoch noch die G. m. b. H. des Volksparkes zu befragen sei.

Mit großer Majorität wurde dann von den um ihre politische Meinung Besorgten beschlossen, den oben genannten Klub auszuschließen . . ."

Diese heroische Tat ist geschehen zu Halle anno 1920. Eine Harlekinade, die sicher in ihrer Wirkung auch das „Volksblatt" befriedigen wird und die „Meinungsfreiheit" unserer lieben Brüder von links gebührend kennzeichnet.

Zum Generalstreik der Versicherungs-Angestellten.

Seit gestern ist der drohende Streik im Versicherungsgewerbe in ganz Deutschland Wirklichkeit geworden und hat eine neue schwere Erschütterung unserer bedrängten Volkswirtschaft zur Folge. In einer Anzeige des „Verbandes der Versicherungs-Unternehmungen" in der heutigen Tagespresse werden die Reichsteile aufgezählt, welche die Versicherten durch den Streik betreffen. Da erhebt sich nun die Frage, auf welcher Seite die Schuld der Arbeitseinstellung der Angestellten liegt.

In Erkenntnis der schweren Beeinträchtigung der Versicherten durch einen Streik der Angestellten ist am 29. Dezember das Reichsaufsichtsamt an den „Verband der Versicherungs-Unternehmungen" zwecks Einleitung von Verhandlungen herangetreten, fand jedoch auf dieser Seite kein Entgegenkommen. In seltener Einsichtslosigkeit haben weiter die Arbeitgeber der selbstverständlichen Forderung des „Zentralverbandes der Angestellten", nur solche Organisationen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, welche einen nennenswerten Teil der Angestellten hinter sich haben, kein Gehör gegeben. Man wollte zum Schaden der Streikenden mit Scheinorganisationen Verträge abschließen. Diese mangelnde Bereitwilligkeit der Unternehmer, die Hand zur Ueberbrückung der Differenzen zu bieten, ist letzten Endes Schuld daran, daß nunmehr wieder ein Generalstreik den Aufbau der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands unterbricht.

Wie verschiedene Meldungen aus dem Reiche besagen, ist der Streik ein allgemeiner. In Berlin allein werden 15—16 000 Angestellte in 69 Gesellschaften, im ganzen Lande etwa 80—100 000 Angestellte vom Streik betroffen. Die Gesamtzahl der Streikenden dürfte sich mit den Generalagenturen der Versicherungsgesellschaften auf ca. 150—200 000 belaufen. Wie uns aus Berlin berichtet wird, sollen baldigst vom Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen eingeleitet werden.

An die Demonstration der streikenden Versicherungsangestellten von Halle schloß sich eine Versammlung im Volkspark an, in der von den einzelnen Rednern auf den Ernst der Stunde aufmerksam gemacht wurde. Die äußerste Not habe die Angestellten in den Kampf gezwungen, der der Sympathie der gesamten Arbeiterschaft sicher sei.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die am 8. Januar 1920 im Volkspark versammelten über 1000 Versicherungsangestellten, die durch das Verbotten des Arbeitgeberverbandes gezwungen, am gleichen Tage, vormittags 10 Uhr, in den Streik traten, sind überzeugt, daß die Arbeitgeber den Streik auf Kosten der Versicherten führen. Für die Arbeitgeber handelt es sich nicht darum, ob die Gesellschaften zur Tragung der durch die neuen Forderungen der Angestellten erwachsenen Lasten in der Lage sind, sondern hier soll auf Kosten der Versicherten der prinzipielle Kampf zwischen den deutschen Arbeitgebern und Angestellten ausgefochten werden. Das beweist das Verhalten des Arbeitgeberverbandes, als er es ablehnte, an den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium, die einer gütlichen Beilegung der Differenzen dienen sollten, teilzunehmen.

Die neuen Brotpreise.

Der städtische Kriegsbrotausschuß hat beschlossen, vom Montag ab den Brotpreis für das Vierzigundbrot von 1,50 Mk. auf 2,30 Mark und für das 75-Gramm-Brötchen von 9 Pf. auf 12 Pf. zu erhöhen. Bisher zahlte die Stadt an die Reichsgetreidestelle für Roggenmehl 54,20 Mk., Weizenmehl 60,30 Mk., Gerstenmehl 57 Mark für den Doppelzentner, künftig durchweg 46,20 Mark mehr, also eine Steigerung von 80—90 Prozent.

* **Berichtigung.** In unserem gestrigen Bericht über die Mitgliederversammlung der S. P. D. muß es heißen Genosse Reinhardt, nicht Gen. Heimke ist zum Mitglied der Preiskommission gewählt worden.

* **Die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises** tritt mit dem 15. Januar d. J. in Kraft. Darnach wird der Preis für eine Fahrt (statt der bisherigen 20 Pfg.) 30 Pfg. betragen, mit Umsteigeberechtigung 40 Pfg. Als 30 Pfg.-Fahrschein werden weiße Fahrscheine mit dem Aufdruck „15 Pfg.", als 40 Pfg.-Fahrscheine grüne mit dem Aufdruck „15 Pfg." ausgegeben werden. Fahrschinkefte mit 10 Fahrten ohne Umsteigeberechtigung kosten 3 M. pro Stück.

* **Unverfälschte Marmelade.** Das Reichswirtschaftsministerium ist sich über die Marmeladenbewirtschaftung nunmehr dahin schlüssig geworden, daß bei der Herstellung der Marmelade Streckungsmittel nicht mehr Verwendung finden. Die Marmelade wird vielmehr nur aus 50 Proz. Zucker und 50 Proz. Obst bestehen. Infolgedessen stellt sich der neue Preis wesentlich höher. Der benötigte Zucker muß zum überwiegenden Teil aus dem Auslande eingeführt werden. Der Preis für das Pfund angestreckte Marmelade stellt sich auf 3,24 M., doch ist es nicht ausgeschlossen, daß er noch eine geringe Steigerung erfährt. Mit der ersten Marmeladeverteilung dürfte Ende Januar begonnen werden.

* **Studenten-Facharuppe.** Ein Reichsbund der Studierenden der Staats- und Wirtschaftswissenschaften ist als volkswirtschaftliche Facharuppe der „Deutschen Studentenschaft", der Gesamtorganisation aller Studierenden, errichtet worden. Den Unterbau bilden an den einzelnen Universitäten staats- und wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften der Studierenden. Die Führung der Geschäfte des Reichsbundes befinden sich an der Universität Halle. Die augenblicklich die meisten Kreise interessierende Neuumbildung des Volkswirtschaftlichen Hochschulunterrichtes ist eine seiner wichtigsten Aufgaben.

* **Aus rumänischer Gefangenschaft** trafen 278 heimkehrende Kriegsgefangene, darunter 22 aus Halle und Umgegend mit Sonderzug in der Mittwochnacht 2.30 Uhr hier ein und wurden im hiesigen Kriegsgefangenenheimkehrheim herzlich aufgenommen und versorgt. Sie mußten im Jahre 1918 alle beim Zurückzuge der deutschen Truppen in Rumänien zurückgelassen werden und kamen aus rumänischen Lagaretten und rumänischen Arbeitskompagnien. Seit dem 15. November 1919 waren sie unterwegs und berichteten, daß noch gegen 900 ihrer zurückgebliebenen Leidensgefährten sehnlichst auf ihre endliche Befreiung aus der Gefangenschaft warten. Die Behandlung wäre in der letzten Zeit besser gewesen, da der Fanatismus bei den Rumänen jetzt nicht mehr so arg wie früher ist. Immerhin klagten viele darüber, daß sie in ganz unbarmherziger Weise verpflegt worden wären, weshalb sie froh waren, endlich in der Heimat zu sein.

Ein Straßenbahnschaffner verunglückt. Gestern vorm. geriet auf dem Bahnhofsvorplatz ein Straßenbahnschaffner beim Ankoppeln eines Anhängewagens zwischen den Motorwagen und Anhängewagen und wurde hierbei schwer verletzt. Er mußte mit dem städtischen Krankenwagen dem Elisabethkrankenhause zugeführt werden.

Kleines Feuilleton.

Das journalistische Warenhaus.

Von Max Ed. Troll.

Ein Volk hat nicht nur das Parlament, sondern auch die Presse, die es verdient.

Ueberträgt man diesen Grundsatz auf die Tatsächlichkeiten, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit noch heute nach der Revolution politisch sehr stark indifferent ist. Denn sonst hätte es schon längst seine unparteiisch sein wollenden „Generalanzeiger" — und wie sie sich sonst nennen mögen — in den Kehrichteimer geworfen, wohin sie gehören von Rechts wegen.

Eine derartige scharfe Aeußerung soll ein Mensch nie machen, wenn er keine näheren Gründe dafür anführen kann.

Also — man meine nur den politischen Leitartikel dieser „Generalanzeiger"?

Nur die Frage: Wer schreibt sie zumeist?

Da ist in Berlin wenige Jahre vor dem Kriege ein „journalistisches Warenhaus" — es gibt deren heute mehrere — aufgemacht worden. Von einem blondhaarigen, blauäugigen, deutschen Journalisten.

Bei ihm sitzen andere „Schornalisten". Die brauen jeden Tag Leitartikel für den deutschen „Generalanzeiger" zusammen. Für etliche 4—500 und noch mehr. Denn ihrer sind Legion. Der gleiche Artikel wandert an „Generalanzeiger" mit konservativem Einschlag, weil sie vorwiegend von Großgrundbesitzern gelesen werden, mit Zentrumsunterströmung, da die meisten auch Katholiken sind mit nationalem oder volksparteilichem Leitmotiv.

Wie kann nun ein solcher Leitartikel aussehen, der für Zeitungen mit zentrümlichem, konservativ-antisemitischem, nationalliberalem oder demokratischem Einschlag analysch geschrieben ist; und selbstverständlich auch überall Beifall finden und seinen Autor erregen soll? Was für einen Inhalt muß ein solcher Leitartikel haben?

Selbstverständlich gar keinen Phrase . . . hohlste Phrase. Wortgeklingel wird an Wortgeklingel gereiht.

Axel Rinke, der Herausgeber einer schwerindustriellen Wochenschrift und während des Krieges erster Generalsekretär der Jamesen — Gott sei Dank pleite gegangenen — „Deutschen Vaterlandspartei" — also der Alldeutschesten einer — hatte schon vor dem Kriege dieses „journalistische Warenhaus" und die deutsche „Generalanzeiger"-Presse einmal in einem lichten Momente lustig ausgemalt.

Ich habe den Artikel nicht im Ausschnitt vor mir liegen. Aber im Kopfe habe ich ihn noch. Der Inhalt war kurz folgender:

„Der Dämmerliche Leitartikel ist nach altem Hausfrauenrezept zurecht gemacht. Man nehme ein Pfund patriotische — Erzberger — Rubeln, koche sie zuerst in ungefähr gem nationalliberalem Wässerlein, brate das Ganze in etwas demokratischem Oel, serviere konservatives Wiaumenmus dazu und siehe da: Der deutsch-friedbürgerliche General-Anzeiger-Leser genießt das mit Wohlbehagen.

Er schluckt eben alles.

Eines nur hatte damals Herr Rinke, der nunmehrige Generalsekretär außer Verwendung, vergessen.

Um diese deutsche geistige Nationalspeise noch etwas schmackhafter zu machen, wurde der Frosch präpariert mit antisozialdemokratischem Geschimpfe. Das gehört zum bürgerlich-guten Ton. Es war in dem Deutschland vor der Revolutionszeit als Nachwirkung des Sozialistengesetzes etwas so billig Populäres. Man beherzigte damit so nur die Worte des nunmehrigen Erfassers vom „vaterlandslosen Gesellen". Er konnte später auch anders, als er das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr" prägte.

Ein Blick in die General-Anzeiger-Presse von heute zeigt uns, daß mancher deutsche Spießbürger zwar über Nacht vom übersaturierten Monarchisten zum „überzeugten" Republikaner umlernen . . . sagen wir vorsichtshalber . . . mußte. Aber das ewig dankenlose Schimpfen über die Sozialdemokratie hat er sich noch nicht ganz abgewöhnen können. Auch das wird er eines Tages verlernen müssen . . . aber nicht eher, bis er die Art und Zubereitung der geistigen Kost der „General-Anzeiger" durch diese journalistischen Warenhäuser erkennt. Diese geistigen Blättchen — auch denn Blättchen, wenn sie jeden Tag — in Zeiten des Papierüberflusses — mit 12 und 16 Seiten erscheinen und 130 000 und noch mehr Abonnenten haben — muß der deutsche Staatsbürger weit von sich weisen als eine Lektüre, die seiner nicht würdig ist. Er lese ein reines Parteiblatt oder wenigstens eine Zeitung mit einem scharf umrissenen Programm, deren Leiter ein guter, klarer Kopf ist, der nicht beim Schreiben eines Artikels die Frage aufwirft, werden beim Erscheinen dieser Zeilen nicht auch ein paar Abonnenten abspringen, wie es heute und vor dem Kriege die Herren Direktoren und Verleger der großen General-Anzeiger tun?

Dividende, möglichst hohe Dividende ist ihr Programm. Dafür machen die Hucks und Makats und Scherls und Hortsmänner aus der heilig sein sollenden öffentlichen Meinung eine feile Straßendirne.

Solange der deutsche Bürger solche Blättchen noch abonniert und mit Inseraten unterstützt, werden nur politische Wasserköpfe großgezüchtet. Solange wird an den bürgerlichen Bierstischen politisches Zeug gelaunenjeschert, daß es zum Heulen ist.

Darum: Einen feierlichen Boykott gegen diese General-Anzeiger und Nachrichten und Anzeiger und wie sich diese unparteiischen Blättchen auch nennen mögen.

Und die nur Ablaßerläke für geistigen Ramsch Berliner journalistischer Warenhäuser sind.

Elite-Abend Dagmar Hahn.

Im Motarsaal hatten wir gestern abend Gelegenheit, ein in Halle noch nicht gehörtes Künstlertrio, die dreifache Solistin Dagmar Hahn (Gesang, Violine, Klavier), die Herren Czeslar (Violine) und Ludwig zu genießen. Die Darbietungen boten reichlich Abwechselung und standen auf künstlerischer Höhe. In der Arie aus „Il re pastore" zeigte die Sängerin ihre guten künstlerischen Eigenschaften und wurden die nicht geringen Schwierigkeiten von ihr mit Leichtigkeit überwunden. Herr Czeslar, obligate Violine, paßte sich dem Gesang in bezeigter Weise an. Die Arie der Konstanze aus der „Entführung" für Gesang allein wurde mit gleichem Erfolg gesungen. Sodann wurde das Konzert in D-Moll für zwei Violinen von Mozart gespielt, wobei natürlich nicht unerwähnt bleiben darf, daß Herr Czeslar seiner Partnerin bei weitem überlegen war (Haltung, Bogenführung und daraus resultierende Sicherheit). Im ganzen blieb auch dieser Piece der Erfolg nicht versagt. Mozarts klangvolle A-Dur-Sonate für Klavier gab Dagmar Haun weiter Gelegenheit, ihr hohes Können zur Geltung zu bringen, wie sie denn überhaupt auf diesem Gebiete meist die größten Fähigkeiten besitzt, was sie vornehmlich in der Waldstein-Sonate von Beethoven zum Ausdruck brachte. Ebenso hatte sich denn auch Herr Czeslar die bessere Kost für zuletzt aufgehoben und spielte die Romanze F-Dur von Beethoven in meisterhafter Abrundung. Leider blieb eine Zulage versagt. Dagmar Haun hingegen gab deren zwei. Die Klavierbegleitung des Herrn Ludwig auf dem klangvollen Flügel war vorzüglich. Der Besuch des wirklich genußreichen Abends hätte ein besserer sein können. E.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0005

* **Auf den Vortrag: „Hamlet, der Zweifelmensch“**, welchen der Künstlerverein auf dem Wiese am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Saale der Handwerkerschule Gustahstraße, veranstaltet, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Der Vortragende, Emil Kaffel, ist durch vormollendete, feinsinnige Gedichte bekannt geworden. Die Offenbarungen, welche gerade „Hamlet“ bietet, sind ihm selbst ein Halt in der bitterernsten Gegenwart geworden, und er ist berufen, sie als solchen den Hörern zu vermitteln. — Karten bei Heinrich Hothan und am Saaleingang.

Stadttheater. Heute, Freitag abends 7 Uhr geht Sudermanns Schauspiel „Stein unter Steinen“ in Szene. Sonnabend nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung „Der Himmels-Schneider“, abends 7 Uhr „Das Christelflein“. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Tod des Empedokles“, Sonntag abend gelangt „Der Bajazzo“ mit Oscar Bolz (Canio), Dina Malsendorff (Nedda), Erik Kersmann (Tonio), Georg Welternhagen (Silvio) zur Aufführung, hierauf „Cavalleria rusticana“. Die Santuzza singt Marcella von Fenkner, Turiddu: Alfred Ernesti, Lucia: Henriette Böhmer, Alfio: Erik Kersmann, Lola: Hilde Bok. Die Spielleitung beider Opern ist August Roesler, die musikalische Leitung Oscar Braun übertragen. Montag wird das Singspiel „Hannerl“ gegeben.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Merseburg. Bildungsabend der S. P. D. Der zweite Bildungsabend der alten sozialdemokratischen Partei am Mittwoch, den 12. d. M., soll unseren Freunden Gelegenheit geben, das Lustspiel „Minna von Barnhelm“ von Gotth. Ephr. Lessing kennen zu lernen. Das Stück spielt nach dem siebenjährigen Kriege und führt uns in den Titelrollen eine edle, liebenswürdige und geistvolle Frauengestalt und einen treuen deutschen Mann vor. In Major von Tellheim zeichnet der Dichter einen Menschen mit soldatischen Tugenden wie er sie haben muß, wenn er sich die Achtung seiner Untergebenen erwerben will. Wie noch Tellheim einzuschätzen ist, beweisen die Worte des Oheims der Minna von Barnhelm: „Ich bin sonst den Offizieren von dieser Farbe nicht gut. Doch Sie sind ein ehrlicher Mann, Tellheim, und ein ehrlicher Mann mag stecken in welchem Kleide er will, man muß ihn lieben.“ Das Stück ist von einem feinen humor durchwoben und läßt die Eigenschaften der einzelnen Personen in vortrefflicher Weise hervortreten. Lessing hoffnungsvoll während des siebenjährigen Krieges die Stelle eines Gouvernements-Sekretärs beim preußischen General Tauenzien in Breslau, wo er Gelegenheit hatte, das Soldatenleben gründlich und aufseitig kennen zu lernen und das gab ihm Veranlassung Minna von Barnhelm zu dichten. Dadurch hat dies Stück auch geschichtlichen Wert. Deutsches Wesen und Leben wird durch das Stück vor Augen geführt. Näheres im Anzeigenteil.

Mücheln. Mitgliederversammlung. Am 4. Jan. fand hier im Restaurant „zur guten Quelle“ die erste diesjährige Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende, Gen. Böhm, gab einen kurzen Rückblick über das Werden unseres jungen Ortsvereins ab. Mit dem bisher Erreichten könnten wir voll und ganz zufrieden sein. Jedoch dürfe noch lange nicht an Ruhe gedacht, sondern es müsse rastlos im Sinne der bisherigen Tätigkeit weiter gearbeitet werden. Für die durch Gründung des Ortsvereins Neumark ausgeschiedenen Genossen wurden zum 2. Revisor Fr. Kohlmann, zum 2. Schriftführer Gen. Max Heinze gewählt. Unter Punkt 3 der Tagesordnung fand eine sehr rege Aussprache über Organisationsfragen des Vereins statt. Männer und Frauen der schaffenden Stände von Mücheln und Umgegend, schließt Euch der Alten Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Mücheln, an, denn in dem Staate mit der freiesten Verfassung der Welt darf keiner indifferent bleiben. Pflicht jedes Einzelnen ist es, tätigen Anteil zu nehmen an der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse. Jeder trete ein für die Partei, die allein, trotz aller Nöte und Stürme der Zeit, trotz aller Anfeindungen von rechts und links eintritt für vollste Freiheit des Einzelnen und für das Wohlergehen des gesamten schaffenden Volkes.

Bitterfeld. Stadtverordneten-Sitzung. Nach Verlesung des Protokolls verwahrten sich Vorsteher Spenaler und Stv. Stammer dagegen, daß in Kriegsbeschädigten-Kreisen Gerüchte und Aeußerungen verbreitet werden der Art, daß die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gegen die Bewilligung der Mittel zur Unterstützung Bedürftiger gewesen sei. Des weiteren gab der Vorsteher bekannt, daß sich eine Spaltung der bisher zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Fraktion vollzogen habe und zwar auf Betreiben der unabhängigen Mitglieder. Wahrscheinlich will man durch eine Oppositionspolitik Stimmenfang für die nächsten Wahlen betreiben, oder das durch die Rede ihres ehemaligen Vorsitzenden bei der Weihnachtsgratis eines wackelig gewordenen Ansehen der U. S. P. bei ihrer Anhängerschaft zu stärken versuchen. Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung hatte die Wahlvorschlagskommission vorgeschlagen, in Anbetracht der vor der Tür stehenden Neuwahlen die Wiederwahl des Vorstandes und der Kommissionen durch Zuruf zu bewirken, den ohne Debatte angenommen wurde. Ein Erlaß des Wohlfahrtsministeriums verfügt die Wahl eines Ausschusses von 10 Mitgliedern der die Festsetzung der Höchstpreise für Mietsteigerungen auf der Grundlage der Mietspreise vom Jahre 1914 zu beraten hat. Gewählt wurden von den Hausbesitzern: Stv. Lehmann, Braun und Knauth, Dachdeckermstr. Schönfeldt und Lokomotivführer Poat, von den Mietern Stv. Böhme und Faulbaum, Oberpostschaffner Prüfe, Lademeister Lehmann und Arbeiter W. Moich. Es sollte die Wahl des Vorstandes der Fortbildungsschule. Vorgeschlagen und gewählt wurden als Stadtverordnete die Herren Faulbaum, Lehmann als Leiter der Schule Direktor Krüoeldorf, als Vertreter von Handel, Gewerbe, Industrie und Arbeiterschaft die Herren Eppert, Martin, A. Richter, K. Böhme, O. Ritter, Steagemann und Budde. Stv Stammer beschwerte sich, daß die unabhängige Fraktion zu kurz gekommen sei und beantragt, als Stadtverordneten Herrn Gödicke und als Handelsangestellten Herrn Hoch einzusetzen. Gen. Lebbin bemerkt dazu, man solle von unabhängiger Seite keine Boshaftenpolitik betreiben und stellte nochmals ausdrücklich fest, daß die Spaltung der Fraktion nur von der unabhängigen Seite ausgegangen ist. Der Antrag Stammer wurde abgelehnt. Ferner wurden vom Magistrat 20 000 M zum Ausbau von Notwohnungen gefordert, die ohne längere Debatte bewilligt wurden. Ueber die Bewilligung von Mitteln zur Gründung eines städtischen Orchesters entspann sich eine äußerst rege Diskussion. Zur Begründung der Vorlage führte Beigeordneter Fruhner aus, daß durch die Amtsniederlegung des bisherigen Musikdirektors Lux die Frage einer Neubesetzung aufgetaucht sei. Erforderlich sei eine Beihilfe von ca. 20 000 M, wovon die Hälfte voraussichtlich die Industrie tragen werde. Ein endgültiger Beschluß des Industrievereins erfolge erst in einigen Tagen. Von den Bewerbern sei Obermusikmeister Riedel Erfurt, in Aussicht genommen. Stv. Henle bemerkte, daß in Gastwirtskreisen die Gründung eines Orchesters begrüßt und auch weitgehendste Unterstützung erfahren würde. Die Herren der Rechten wünschten notwendigerweise Kultursachen zu lösen, aber aber das Musizieren im freien Berufe auszuüben zu lassen. Nach langem Hin und Her gelangt die Vorlage gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Nach Erledigung der Tagesordnung beantragte Stv. Stammer, den in der letzten Sitzung bewilligten 4000 M. weitere 2000 M zuzufügen, was einstimmig angenommen wurde. In anderer Sache verlangte Stv Naumann Aufklärung vom Magistrat über ein in der Stadt verbreitetes Gerücht, nach dem zwei Magistratsbeamte ein Schwein vom Stadtgute erhalten sollten. Beigeordneter Fruhner konnte die gewünschte Aufklärung nicht geben, da der Deserent des Stadtgutes nicht anwesend und er nicht genügend informiert sei. Es wurden 1000 M bewilligt, um die Abgabe von Milch an Minderbemittelte zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen. Zum Schluß wurde von der unabhängigen Fraktion eine Resolution eingebracht und von der Versammlung angenommen die sich gegen die Verteilung von Prämien für Getreide und Kartoffeln an die Landwirte richtet. Zur Begründung sprachen die Stv. Stammer und Gödicke. Genosse Lebbin meinte, daß mit solchen papiernen Resolutionen absolut nichts getan sei, man solle lieber mit allen Mitteln den Schleichhandel und den Wucher bekämpfen.

Bockwitz. Ein sozialistischer Gemeindevorsteher. Am 3. Januar hat der Genosse Rosenträger die Stelle des Gemeindevorstehers unseres Ortes übernommen. Sein letzter Wirkungskreis war Homburg (Bez. Cassel), wo er als Stadtsekretär tätig war. Wir wollen hoffen und wünschen, daß ihm die Arbeit leicht gemacht wird, und alle Kreise Vertrauen zu ihm haben. Denn nur durch gemeinsames Arbeiten ist es möglich, für die Kommune nützlich zu wirken und Ersprießliches zu leisten. Alle Kreise unserer Bevölkerung müssen daher jetzt am Geschick unserer Gemeinde interessiert sein und sich immer für das Wohl der Gemeinde frei und ohne Parteihaß betätigen.

Versammlungs-Kalender

Eilenburg. Am Freitag, den 9. Januar, abends 7½ Uhr, findet im „Deutschen Hof“ unsere Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen Pflicht. Gäste sind willkommen
Der Vorstand.

Bockwitz. Sonnabend, den 17. Januar, abends 7½ Uhr, findet beim Gen. Waldau unsere nächste Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Torgau. Am 12. d. Mts., abends 7 Uhr, findet unsere diesjährige Generalversammlung im Parteilokal statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen u. -Genossinnen, zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung bevorsteht. — Insbesondere fordern wir unsere jüngeren Parteigenossen auf, zu erscheinen, damit auch sie über Ziel und Stellung unserer Partei aufgeklärt werden.
Der Vorstand.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 7. Februar 1919 betr. Anmeldung von Lustbarkeiten wird insoweit abgeändert, daß die Anmeldungen sämtlicher Tanzlustbarkeiten, sowohl der öffentlichen wie der geschlossenen, von jetzt an nicht mehr bei einer polizeilichen Dienststelle, sondern nur bei der Steuerkasse vorzulegen sind.

Halle, den 7. Januar 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Lebensmitteln. In der Woche vom 12. bis 18. Januar können auf die Marke 18 der braunen Kartoffelkarte 5 Pfund Kartoffeln gekauft bezw. von Haushaltungen, Krankenhäusern und sonstigen Anstalten und allen denjenigen, welche Wintervorrat besitzen, verbraucht werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abzuliefern. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person eines Haushalts: ¼ Pfund Haferflocken, ¼ Pfund Nudeln, 100 Gramm Kunstspeisefett.

5 Pfund Kartoffeln. Wie bereits bekanntgegeben, ist die in der Woche vom 12. bis 18. Januar abzugebende Kartoffelmenge auf 5 Pfund festgesetzt. Obgleich die Kartoffeln verlesen sind, werden sich doch unter ihnen infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse bei der Zufuhr noch häufig durch Frost leicht beschädigte Kartoffeln befinden, welche aber bei der bestehenden großen Kartoffelknappheit unbedingt mit verbraucht müssen. Es wird daher besonders darauf hingewiesen, daß unter diesen Umständen ein Umtausch von Kartoffeln nicht erfolgen kann.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 10. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 13 501 bis 18 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 50 Pfg. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Speiseöl. In der Woche vom 12. bis 18. Januar werden auf den Abschnitt 5 der Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Speiseöl zum Preise von 1,60 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Kleinhandelsgeschäften (Materialwarenhandlungen), in denen die Anmeldung zur Warenkundenliste bewirkt ist. Gefäße sind mitzubringen. Die Kleinhändler haben die Fettkartenabschnitte am Dienstag, den 20. Januar, dem Stadternährungsamt, 1. Stock, 2. Saal links, einzureichen.

Lose und gepackte Suppen, Mährenmehl sowie Ackerbohnen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen, Mährenmehl sowie Ackerbohnen in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausstellen lassen.

Haferflocken. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Haferflocken am Sonnabend, den 10. und am Montag, den 12. Januar, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 9. Januar 1920. **Der Magistrat.**

Weißenfels

Kranken-, Brot- und Mehlmarken des Stadtkreises.

Ein Umtausch etwa erfolgter roter Krankenmarken gegen graue Brotmarken findet nicht statt. Die Gültigkeitsdauer der Krankenmarken wird bis zum 18. Januar d. Js. verlängert und kann auf dieselben anderes Mehl oder Gebäck bei jedem Händler oder Bäcker entnommen werden. Von den Händlern und Bäckern werden die roten Krankenmarken an Stelle von grünen Brotmarken noch bis zum 20. Januar d. Js. bei Mehlanweisungen entgegengenommen. Mit dem 20. d. Mts. verfallen die Krankenmarken endgültig.

Weißenfels, den 6. Januar 1920.
Der Magistrat.

Petroleum-Verkauf.

Von Freitag, den 9. ds. Mts. ab findet in den nachbezeichneten Geschäften der Verkauf von Petroleum auf die Dezembermarke 4 der Beleuchtungskarte wie folgt statt:

Kaufmann A. Köhler, Naumburgerstr. Nr. 2	1—400
„ P. Böhme, Marienstr.	401—800
„ Harsin, kl. Kalandstr.	801—1100
„ E. Rockwitz, Jüdenstr.	1101—1700
Klempermstr. Stübber, Jüdenstr.	1701—1900
„ Pfeuter, Merseburgerstr.	1901—2100
Kaufmann J. Bechthold, Wallstraße	2101—2600
„ E. Brosch, Torgauer Straße	2601—3100
„ W. Fischer, Jüdenstr.	3101—3600
„ P. Kuhne, Nikolaistr.	3601—4300

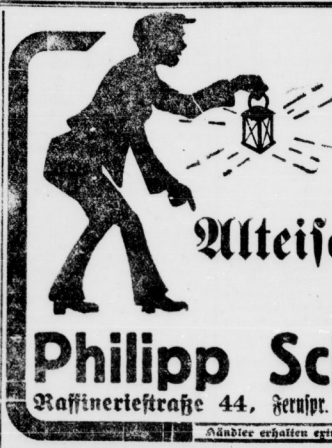
Auf jede Marke wird 1 Liter Petroleum zum Preise von 2,75 Mk. abgegeben.

Weißenfels, den 7. Januar 1920.
Der Magistrat.

Hasen- Felle zahle jetzt für prima Winter 19 Mark das Stück.
Franz Halle, Fellhdlg., Halle a. S., Breitestr. 5

Wir empfehlen:
Arbeiter-Notiz-Kalender 1920
gebunden zum Preise von Mk. 3,50.
Buchhandlung der Volksstimme,
Grosse Ulrichstr. 27. — Bestellungen nehmen auch alle Austräg. entgegen.

Reparatur-Werkstätten für elektr. Maschinen u. Apparate.
Ankerwickelungen
Kollektorenbau.
Kurze Lieferfristen. — Mässige Preise —
Rast.
Geiststr. 28.


Kaufe
Felle, Lumpen, Alteisen,
zu höchsten Preisen,
jedes Quantum, auch das kleinste.
Philipp Schwabach,
Raffineriestraße 44, Fernspr. 6237, kauft jedes Quantum zu höchsten Preisen.
Händler erhalten extra hohe Preise!

Qualitäts-Dauerwäsche
mit Stoffeinlage

Manschett. Kragen Vorhemden
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Dauerwäsche-Spezialhaus
Geiststr. 53
schrägüber der Adler-Apotheke. 1949

Gummi
Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6543.

Knopflöcher
in Mäntel, Blusen u. Wäsche liefert in kürzester Zeit
Br. Lundenberg, Leipz. Str. 17, I Tr.

Narrenkappen
Tanzkontroller :: Tanzblumen, Larven, Nasen, sowie viele Karneval-, Scherz- u. Ulkartikel in grosser Auswahl u. billigsten Preisen bei
Paul Lange, Merseburgerstr. 168
neben Apollo-Theater.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200109-15/fragment/page=0006